

Auszug aus Knut Borchardts Aufsatz „Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre“

„Wer hätte diese Probleme der unnormalen, der ‚kranken‘ Wirtschaft rechtzeitig lösen können? Der so schwache Staat, der schon bei viel kleineren Problemen keinen Konsens der Mehrheiten finden konnte und ja selbst

unentwegt daran mitwirkte, daß so eben noch der innere Friede gewahrt wurde, aber mit seinen Aushilfen die Belastungen der Wirtschaft langfristig ständig vermehrte? Versagen wir uns die unstatthafte Anklage, man hätte sich im Angesicht Hitlers einigen müssen.

Das war nicht ein allseits erkennbares und auch kein einigendes Ziel, dem alles Übrige hätte untergeordnet werden können, wie am Anfang der Republik das Ziel der Verhinderung der Revolution. Nein, hier waren Zwangslagen herangewachsen, die so ungeheuerlich

gewesen sind, daß wir auch heute für sie keine wirklichen Lösungen angeben können. [...] Wenn wir uns diese wahrhaft schicksalhaften Verstrickungen genauer vor Augen führen, verstehen wir vielleicht auch besser, daß seinerzeit recht viele der Verantwortlichen den Ausbruch der Großen Krise nicht als eine Katastrophe diagnostiziert haben, sondern sogar als Chance zur Bereinigung der Situation begriffen. Denn jetzt schien dem Staat die Legitimation des Faktischen zuzuwachsen, das ‚Stimmrecht der Sachen‘, seine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu revidieren. [...] Nur hieß der

Erbe der so harten, von historischen Zufällen noch immer härter gestalteten und von Brüning und den ihn umgebenden Kräften wahrhaft heroisch durchgestandenen Bereinigung in Deutschland: Hitler.“

Heinrich August Winkler zu Knut Borchardts Thesen

„Die Frage, ab wann eine Änderung der Brüning'schen Wirtschaftspolitik möglich gewesen wäre, läßt sich m.E. eindeutig beantworten: um die Jahreswende 1931/32. Am 22. Dezember 1931 nahm der amerikanische Senat das Hoover-Moratorium an. Am 23. Dezember legte der Basler Sonderausschuß sein Gutachten vor, dem zufolge Deutschland bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht imstande war, die Verpflichtungen aus dem Young-Plan zu erfüllen. Nun hätte Brüning zumindest eine Zwischenlösung in der Reparationsfrage und mit ihr eine nicht unerhebliche Erweiterung seines wirtschaftspolitischen Handlungsspielraumes erreichen können. Aber er setzte auf Alles oder Nichts, erzwang eine Verschiebung der auf den 25. Januar 1932 angesetzten Reparationskonferenz in Lausanne und lehnte die von England angeregte Vertagung der seit langem geplanten Abrüstungskonferenz ab. Damit war eine deutsch-französische Konfrontation programmiert. Brüning tat, indem er zu viele außenpolitische Ziele zur gleichen Zeit verfolgte, das genaue Gegenteil dessen, wozu ihm [...] einer seiner engsten Berater, riet. [...] Brüning's nationale Prioritäten und nicht wirtschaftliche Sachzwänge machten eine Kursänderung in der Wirtschaftspolitik zu Beginn des Jahres 1932 unmöglich.“